



tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen

Landesgeschäftsstelle

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521
Telefax: 0361.6547522
E-Mail: post@dbbth.de
www.tbb-konkret.de

40-Stundenwoche für Beamte ist längst überfällig

tbb: Zügiger Abschluss ist zwingend geboten

15. April 2011

„Die Rückkehr zur 40-Stundenwoche für die Thüringer Beamtinnen und Beamten ist ein längst überfälliger Schritt“, sagte der Vorsitzende des tbb Helmut Liebermann, nachdem gestern der Gesetzentwurf dazu in erster Lesung im Landtag behandelt wurde.

Der Gesetzentwurf beinhaltet neben der Anhebung der Lebensarbeitszeit die von den Thüringer Beamten lang erwartete Rückkehr zur 40-Stundenwoche.

Der tbb hatte sich zuletzt Anfang März in einem Offenen Brief mit der Forderung nach Rückkehr zur 40-Stundenwoche an die Ministerpräsidentin gewandt. Zudem hatten die Mitglieder der Fachgewerkschaften des tbb diese Forderung über eine Postkartenaktion mit mehr als 3.000 persönlichen Zuschriften an Abgeordnete des Thüringer Landtages unterstützt.

Anknüpfend hieran fordert der tbb nunmehr die Abgeordneten auf, das parlamentarische Verfahren sehr zügig abzuschließen. Der dem Parlament von der Landesregierung auferlegte Zeitdruck ist unvermeidlich, da die gegenwärtige nur als Übergangslösung vereinbarte Arbeitszeitverordnung der Regierung nur noch bis 31.07.2011 befristet ist und die Zuständigkeit für eine Nachfolgeregelung jetzt beim Parlament liegt. „Zeitdruck ist jetzt nicht unnötig, sondern zumindest in diesem Punkt des Gesetzentwurfs zwingend geboten“, fasst Liebermann zusammen.

„Die Anhebung der Lebensaltersgrenzen auf verbindlicher und nicht auf freiwilliger Basis löst bei uns keine Jubelstürme aus, wird aber akzeptiert, um die ansonsten ab 2012 drohenden Versorgungslücken zu schließen“, kommentiert der Vorsitzende des tbb die im Gesetzentwurf enthaltene Regelung. „Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird für den Einzelnen genau wie in großen Teilen der Wirtschaft in vielen Bereichen des Öffentlichen Dienstes, unter anderem in den Bereichen Polizei, Kliniken, Lehrer, Feuerwehr tatsächlich zu Einbußen in der Altersversorgung führen.“

„Ergänzende Regelungen, die unter anderem einen flexiblen Berufsausstieg ermöglichen, wie z.B. eine Neuauflage von Altersteilzeit, sind aus der Sicht des tbb nach Verabschiedung des Gesetzes kurzfristig unabdingbar“, führt Liebermann weiter aus.

Für den tbb unverständlich bleibt die Position des Finanzministers zu den Kosten für die Pensionen der Thüringer Beamten, die dieser im Zusammenhang mit dem geplanten Gesetzentwurf geäußert hatte. „Es ist unredlich, hohe Kosten für die Altersversorgung zu beklagen, wenn kurz vorher auf Initiative des Finanzministers die langfristig geplanten Einzahlungen in den eigens dafür geschaffenen Pensionsfonds ausgesetzt wurden“, kritisiert Liebermann. Eine Aussetzung der Einzahlungen in den Thüringer Pensionsfonds für die Jahre 2011 und 2012, aus dem künftige Pensionsausgaben zumindest teilweise gedeckt werden sollen, hatte am 24. Februar 2011 der Thüringer Landtag auf Antrag der Landesregierung mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP und der Linken mehrheitlich beschlossen.

V.i.S.d.P.: Helmut Liebermann (0172-8949046)

pressesdienst